# das rathaus

2019•1 FACHZEITSCHRIFT FÜR KOMMUNALPOLITIK



### Herzlich willkommen bei der VLK!

Liebe Leserin, Lieber Leser,

die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die liberalen Kommunalpolitiker in Deutschland zu vernetzen und die Themen aufzugreifen, die sich von der Bundesebene auf die Kommunen auswirken. Mit der Fachzeitschrift das rathaus veröffentlicht die VLK interessante Artikel mit kommunalpolitischer Bedeutung.

Seit der letzten Ausgabe ist leider mehr Zeit vergangen, als wir es uns gewünscht hätten. Inzwischen hat erneut eine große Koalition ihre "Arbeit" aufgenommen und man stellt eines fest: Die Koalition ist vor allem mit sich selbst beschäftigt. Und doch ist nach der Bundestagswahl etwas ins Wanken gekommen - Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ist nicht mehr CDU-Bundesvorsitzende und Horst Seehofer ist nicht mehr CSU-Vorsitzender. Ein überfälliger Generationenwechsel hat somit nun auch hier stattgefunden. Dies könnte für die nächsten Wahlen die Chancen auf neue Bündnisse erhöhen.

In diesem Tagen startet die heiße Phase der Europawahl. Und kein anderes Thema wird gerade so heiß diskutiert wie der Brexit. Das britische Unterhaus hat dem Vertragsentwurf von Premierministerin Theresa May und der EU das zweite Mal abgelehnt und der "harten Brexit" kommt immer näher. Jeder Akteur auf der Insel und auf dem Kontinent betont, dass es dazu nicht kommen darfaber Anstrengungen werden auf der Insel bisher jedenfalls nicht ernsthaftgenug unternommen, damit es dazu nicht kommt. Man fragt sich: "Wann setzt auf der Insel der Verstand ein?"

Wir Liberale starten in ein Jahr der Chancen - wir wollen am 26. Mai mit einer großen Fraktion in das Europäische Parlament einziehen und ein starkes Signal für einen freien Kontinent der Chancen setzen.

Am gleichen Tag finden in Bremen die Wahlen zur Bürgerschaft (Landtag), Stadtbürgerschaft und der Beiräte sowie der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven, die Wahl der Bezirksversammlungen in Hamburg und die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen statt. Im Herbst folgen die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Die VLK wünscht viel Erfolg den vielen Kandidatinnen und Kandidaten - mit starken Ergebnissen.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe.

Ihr Marcel Schiller
Redakteur das rathaus
März 2019





Nachdem die Geschäftsordnung der Bundesfachausschüsse der FDP angepasst wurde, können auch von der VLK Vertreter benannt werden. Die VLK hat folgende Personen entsendet:

Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz: Judith Pirscher

Wirtschaft und Energie: Fritz Haugg

Finanzen, Steuern und Haushalt: Katinka Marx

Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften: Marcel Schiller

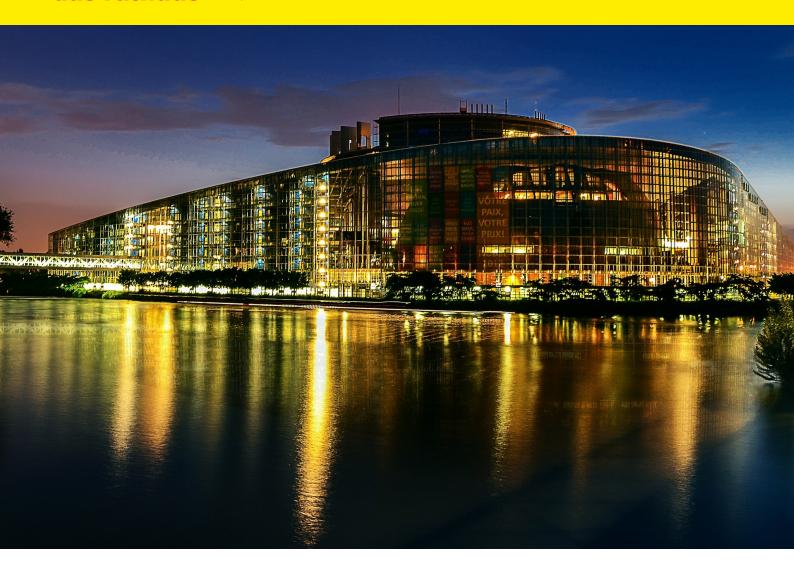
Internationale Politik: Kai Gleißner

Bau und Wohnen: Frank Witte

Bildung, Forschung und Technologie: Katinka Marx

Verkehr: Herbert Hotje

Mehr zur Arbeit in den FDP-Bundesfachausschüssen erfahren Sie hier:
<a href="https://www.fdp.de/content/bundesfachausschuesse">https://www.fdp.de/content/bundesfachausschuesse</a>





# Bringen wir Europa wieder zum Strahlen

von Nicola Beer MdB, Spitzenkandidatin der Freien Demokraten zur Europawahl am 26. Mai

Europa hat uns in den vergangenen Jahrzehnten Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht. Gerade vor Ort in den Kommunen sind die erheblichen Fortschritte nach zwei unfassbar grausamen Weltkriegen, die den Kontinent verwüstet haben, ganz konkret sichtbar. Deshalb ist es sehr passend, dass parallel zur Europawahl am 26. Mai 2019 in neun Bundesländern ebenfalls Kommunalwahlen stattfinden. Gelegenheit zu zeigen, an wie vielen Punkten "Europa" sehr lokal ist. Und noch viel stärker darauf zu drängen, dass das Motto der EU "Einhalt in Vielfalt" stärker

bei den Entscheidungen in Brüssel und Straßburg beachtet werden müssen. Denn die Vielfalt in unseren Städten und Kommunen ist eine Stärke Europas, die wir nutzen sollten. Wir wollen eine einige, aber keine vereinheitlichte Union.

Doch hier gibt es noch sehr viel zu tun. Die Europäische Union ist in keiner guten Verfassung. Die Welt ist unübersichtlicher geworden, so unübersichtlich, dass es manchmal schwer fällt die Botschaft zwischen der

Informationsflut zu erkennen. Durch die Globalisierung dreht sich die Welt schneller. Doch statt sich auf die großen Herausforderungen zu konzentrieren, die die Mitgliedstaaten nicht allein angehen können, verliert sich die EU immer wieder in den Details. Ergebnis: Die Menschen fühlen sich überreguliert und überkontrolliert sowie von Entscheidungsprozessen losgelöst und abgehängt. Wir müssen die Balance wieder herstellen zwischen Subsidiarität und Europäischer Zuständigkeit. Die Union darf nicht zum Selbstzweck werden. Sie darf keine Aufgaben an sich ziehen, die von Ländern und Kommunen effektiver und wirtschaftlicher erledigt werden können. Sonst entstehen ein Bürokratie-Überschuss und ein Demokratie-Defizit. Die Institutionen müssen sich zurücknehmen und der Bürger muss wieder im Mittelpunkt stehen.

Auf der anderen Seite ist vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen klar: hier brauchen wir mehr denn je eine starke EU, ein starkes Europa, das bei den überregionalen Themen mit einer gemeinsamen Stimme spricht. In der

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungs-politik, bei Menschenrechte, Migration, Handelspolitik und wirksamen Umweltschutz, bei der Vollendung des Binnenmarktes bei Energie und Digitalisierung.

Und wir brauchen ein Europa, das den Mut zu Reformen hat. Wir müssen besser werden, wir können besser sein, wenn wir uns verändern. Damit ist die Europawahl diesmal wirklich eine Schicksalswahl, auch weil das vereinigte Königreich ausscheidet. Wir brauchen ein starkes Europa. Ein Europa, das schützt und Chancen bietet.

Die Auseinandersetzungen, etwa mit Putin, Trump, Erdogan oder Xi Ping, zeigen: Außenpolitik beruht auf Macht, auf Diplomatie, auf Strategie und auf Geschlossenheit. Nur so kann man etwas bewirken. Im Moment verzwergt sich die EU freiwillig selbst. Will sie Einfluss haben, muss sie laut und vernehmlich sprechen – auch auf der Basis von Mehrheitsentscheidungen. Denn wir brauchen in der heutigen Welt Tempo, Geschwindigkeit, Entschlossenheit. Da kann man nicht immer auf den langsamsten Bedenkenträger im Geleitzug warten. Wir brauchen einen

Hochseesegler in der Außenpolitik. Wir brauchen keine Fluss-Fähre, keinen trägen Lastkahn.

Das gilt auch für die Einwanderungspolitik. Wir Freie Demokraten stehen für ein weltoffenes Europa, wir stehen für offene Gesellschaften, in denen rechtsstaatliche Prinzipien hochgehalten werden. Wir brauchen klare und transparente Einwanderungsregeln, die klar zwischen Asyl für politisch oder religiös Verfolgten, zeitweisen humanitären Schutz für Bürgerkriegsflüchtlinge und einer gesteuerten Einwanderung in unseren Arbeitsmarkt mit einem Punktesystem, um dadurch die EU für Fachkräfte aus der ganzen Welt attraktiver zu machen.

# Wir brauchen ein starkes Europa. Ein Europa, das schützt und Chancen bietet.

- Nicola Beer

Klare Regeln brauchen wir auch beim Euro. Bei hoher Verschuldung eines Mitgliedstaates soll es automatische Sanktionen geben, die nicht politisch wieder ausgehebelt werden können. Es soll ein Europäischer Währungsfonds ein-gerichtet werden, der unter strengen Auflagen Hilfe zur Selbsthilfe leistet. Ein Investitionsfonds auf

europäischer Ebene soll private Investitionen stärken und dadurch Ungleichheiten bei der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone abbauen.

Für uns sind die Themen klar. Wir setzen uns für Freihandel ein. Wir wollen eine starke Wirtschaftspolitik, um den Standort Europa und seinen Wohlstand zu sichern. Wir brauchen ein Europa, das Chancen bietet. Wir wollen kein Europa, das nur umverteilt, ohne zu fragen, wie das Geld erwirtschaftet wird. In Bildung, Forschung, Innovation, Digitalisierung müssen wir investieren, um nicht endgültig abgehängt zu werden – von den USA und von China. Wir müssen das Europa der Erfindungen werden und nicht ein Museum, wo die Erfindungen von früher bestaunt werden können. Wir brauchen Mut zu Veränderungen. In Teilen müssen wir uns neu erfinden.

Daher fordern wir die Einführung einer neuen Grundfreiheit - die Bildungsfreizügigkeit. Die Menschen innerhalb der Union sollen Bildungsangebote aus der ganzen EU annehmen können. Schüler sollen schon möglichst früh andere Sprachen lernen und jeder europäische Schüler soll

die Möglichkeit bekommen, mindestens ein halbes Jahr in den Schüleraustausch zu gehen. Wir wollen einen gemeinsamen Europäischen Berufsausbildungsmarkt; so schaffen wir Chancen - über alle Grenzen hinweg. Und Begegnungen, wobei gerade die Städte und Kommunen mit ihren europäischen Partnerschaften eine wichtige Rolle spielen. Der globale Wettbewerb findet nicht zwischen Hamburg und München statt - sondern der Wettbewerb findet zwischen uns und Singapur statt. Zwischen uns und Kalifornien. Zwischen uns und China. Und da wird schnell klar: wir brauchen ein wirtschaftlich starkes und sozial engagiertes Europa. Ein Europa, das Chancen eröffnet für Aufstieg, für Erfindungen, für Veränderungen, für künstliche Intelligenz, für Champions in der Digitalisierung. Die nächsten "Google, Facebook, Apple, Twitter" sollten aus Europa kommen. Das muss unser Ehrgeiz sein.

Wir müssen als Politiker die Bedingungen schaffen, um dies möglich zu machen. An den Schulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Forschungsabteilungen der Unternehmen, und wenn es sein muss – in Garagen, indem Risikokapital zur Verfügung gestellt wird. Ein liberales Europa ist ein Europa, das Veränderungen will. Das diese Veränderungen proaktiv gestaltet. Ein liberales Europa ermöglicht Disruption, also neue Innovationen und Technologien, die sprunghaft den Markt erobern. So wird Europa wieder zum Chancenkontinent.

Wir müssen den Bürgern das Vertrauen in die Union zurückgeben. Wir brauchen Mut, Vernunft und rationale Ansätze, um die vielen ungenutzten Potenziale und Chancen dieses wunderbaren Kontinents zu entfesseln. Wir müssen notwendige Reformen jetzt angehen. Die EU muss schneller entscheidungs- und handlungsfähig sein. Das Parlament soll ein Initiativerecht bekommen. Wir müssen die Zahl der Kommissare auf 18 verringern. Wir müssen den permanenten Wanderzirkus zwischen Straßburg und Brüssel beenden. Mit solcher Geldverschwendung macht sich die Union unglaubwürdig und unbeliebt.

Wenn wir jetzt den Mut aufbringen, die EU grundlegend zu reformieren, haben wir das Potential nach innen Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten und nach außen politisch und wirtschaftlich mit vereinter, starker Stimme sprechen und handeln zu können. Wir müssen unserem Europa wieder Leben einhauchen, damit es Freiheit atmen und gedeihen kann. Gemeinsam können wir Europas Chancen nutzen. Lassen Sie es uns angehen.





## **Ausschreibung: Das liberale Rathaus**

Für beispielhafte Leistungen in der Kommunalpolitik wird wieder der Kommunalpolitikerpreis "das liberale Rathaus" ausgeschrieben. Er wird für beispielhafte liberale Aktionen und Initiativen auf kommunaler Ebene vergeben. Liberale Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass der Einfluss der Bürger auf die Politik vor Ort verstärkt wird und dass Politik für jedermann durchschaubar wird. Sie will "das liberale Rathaus" für den Bürger.

Es können bis zum 01. September 2019 Bewerbungen eingereicht werden. Der Preis wird von der Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) verliehen. Vorschläge können von allen FDP-Ratsfraktionen, -Ratsvertretern, Orts- und Kreisverbänden der FDP, den Landesvorständen der VLK und von den Jungen Liberalen eingereicht werden. Die Vorschläge sind schriftlich zu begründen. In der Begründung sind Zielsetzung, Verfahren, Öffentlichkeitswirksamkeit und Ergebnis der durchgeführten Aktion bzw. Initiative darzustellen und ggf. zu dokumentieren. Dabei reicht auch die Zusendung eines Presseartikels, einer Pressemitteilung oder eines Ratsantrags.

Die Vorschläge sind bei der VLK-Bundesgeschäftsstelle, Zu den Brodwiesen 63, 34431 Marsberg, brendel@vlk-bundesverband.de einzureichen. Der Sieger des Wettbewerbs erhält als Anerkennung den Wanderpreis "Das gläserne Rathaus" und einen finanziellen Zuschuss zur Verbandsarbeit. Die Verleihung findet während der Bundesdelegiertenversammlung der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker am 11./12. Oktober 2019 in Gummersbach statt.



Sieger 2017 war der FDP-Ortsverband Oberkirch-Renchtal (Baden-Württemberg) für die Sicherung des Kreiskrankenhauses in Oberkirch.







# Mehr Wahlfreiheit bei Bestattungen

Interview mit Judith Skudelny MdB, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, von Dr. Michael Büssemaker und Tomislav Rus.

Mit dem Slogan "Mehr Wahlfreiheit bei Bestattungen" eröffnet die VLK-BW eine Diskussion über ein sensibles Thema, das für Teile der Bevölkerung eine Tabu-Zone bedeutet.

Grundlage war ein Projekt des FDP-Ortsverbandes Kehl-Hanauerland (Region "Südbaden"). Diese hat nach einem strengen Schema alle Friedhöfe in der Trägerschaft der Stadt Kehl untersucht, bewertet und die Ergebnisse öffentlich gemacht. Dabei haben Mitglieder des Ortsverbandes Berufsgruppen wie Bestatter, Friedhofsgärtner und Steinmetze befragt. Eher ungewollt wurde das Thema "Mehr Wahlfreiheit bei Bestattungen" im Bundestagswahlkampf an die FDP herangetragen.

Das Spektrum für Bestattungen wurde in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erweitert; von Sargbestattungen über Urnenwände bis zum anonymen Urnengrab, der Bestattung im Friedwald oder der Seebestattung.

Die Berliner Kultkneipe "Ständige Vertretung", ein beliebter Polit-Treffpunkt, liegt nur eine Straße vom Hans-Dietrich-Genscher-Haus entfernt. Hier trafen Dr. Michael Büssemaker und Tomislav Rus von der VLK-BW Judith Skudelny, MdB und FDP-Generalsekretärin in Baden-Württemberg, um mit ihr über das Thema zu sprechen.

**Dr. Büssemaker und Rus:** Frau Skudelny; kommen wir gleich konkret zur Sache. Eine schwer quantifizierbare Zahl

von Bürgerinnen und Bürgern wünscht, das Spektrum von Bestattungsformen individueller zu gestalten. Durch Urnenbegräbnis im eigenen Garten, Austragen der Asche auf eigenem Grundstück oder Verwahrung der Urne in der Wohnung. Können Sie diesen Überlegungen nähertreten?

Skudelny: Ähnliche Wünsche wurden auch mir gegenüber geäußert; das Thema kann ich mittragen. Menschen werden mobiler, wechseln berufsbedingt den Wohnort; Grabbesuche werden damit zur Belastung. Zudem möchten viele Menschen individuell ihre verstorbenen Angehörigen in ihrer Umgebung behalten. Der Weg dahin ist jedoch mit viel Feingefühl zu gestalten und man braucht einen langen Atem.

**Dr. Büssemaker und Rus:** Ihre Bemerkung, dass man einen langen Atem braucht, sollten wir vertiefen; es ist doch nur eine normale Gesetzesänderung. Was ist daran so kompliziert?

Skudelny: Das Thema "Bestattungen" ist emotional belastet, da immer der Verlust eines Menschen mitschwingt. Bedenken Sie, wie lange der Weg von der ersten Idee eines Friedwaldes bis zu dessen Realisierung gedauert hat; etwa 15 Jahre. Die bisherigen Schritte, Bestattungsformen zu liberalisieren, waren gut und zeitgemäß, bewegten sich allerdings immer in der Staatsoder Kirchenaufsicht. Die Kontrollfunktion ist nicht mehr gegeben, wenn neue Bestattungsformen der Privatsphäre überlassen werden.

**Dr. Büssemaker und Rus:** Was muss sich gesetzlich ändern, um dem Eigeninteresse der Bürgerinnen und Bürgern bei der Verwahrung der Asche eines verstorbenen Angehörigen entgegenzukommen?

EDD Doordoon and the authority

Skudelny: Mehrere Gesetze, Verordnungen und Richtlinien des Bundes setzen dem Landesrecht im Bestattungswesen enge Grenzen; diese sind zunächst zu novellieren. Erst dann könne die Bestattungsgesetze in den Bundesländern richtungsweisend geändert werden. Die Diskussion wird sich in dieser Zeit auf hohem ethischem Niveau abspielen und ich kann nur dazu raten, die Kirchen frühzeitig in die Diskussion einzubinden.

**Dr. Büssemaker und Rus:** Wird eine Urne nach Gesetzesänderung privat verwahrt, können Komplikationen eintreten. Die erhoffte emotionale Nähe zum Verstorbenen stellt sich nicht ein oder der überlebende Partner geht eine neue Beziehung ein. Sind solche Argumente eine Begründung, die Gesetzesinitiative gar nicht erst auf den Weg zu bringen?

**Skudelny:** Solche Fälle können eintreten und sind bei einer Novellierung ernst zu nehmen. Das Gesetz sollte auch derartige Fälle regeln, in dem der Weg der Angehörigen zum öffentlichen Friedhof auch nach Jahren offenbleibt.

**Dr. Büssemaker und Rus:** Wie kommen wir jetzt in der Sache ganz konkret weiter?

**Skudelny:** Sie können zweigleisig fahren. Eine Möglichkeit wäre die Initiative über die Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker an die Bundestagsfraktion oder über den zuständigen Bundesfachausschuss der FDP, ebenfalls an die Fraktion. Der zweite Weg wäre ein Antrag der VLK für den nächsten Parteitag.

**Dr. Büssemaker und Rus:** Frau Skudelny, die VLK bedanken sich für das Gespräch.

### +++ Termine +++

| 2628.04.2019 | FDP-Bundesparteitag, Berlin            | 01./02.06.2019 | VLK-Bundesvorstands          |
|--------------|--|----------------|------------------------------|
| 26.05.2019   | Europawahl                             |                |                              |
|              | Bürgerschafts-/Kommunalwahl Bremen     | 01.09.2019     | Landtagswahl Brandenburg,    |
|              | Kommunalwahl Baden-Württemberg,        |                | Sachsen, Thüringen           |
|              | Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-     |                |                              |
|              | Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, | 11./12.10.2019 | Bundesdelegiertenversammlung |
|              | Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen     |                | VLK, Gummersbach             |







# Grundsteuerbremse einführen - Aufkommensneutralität der Grundsteuer schaffen

von Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB, kommunalpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Bundestag, und Markus Herbrand MdB, Berichterstatter zur Grundsteuer der Freien Demokraten im Bundestag

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 10. April 2018 bestimmt, dass spätestens bis zum 31. Dezember 2019 eine Neuregelung Bemessungsgrundlage der Grundsteuer durch Gesetzgeber zu treffen ist. Betroffen von der Grundsteuerreform sind insbesondere die Kommunen, da diesen die Einnahmen aus der Grundsteuer zufließen. Aus Sicht der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag darf die Reform nicht zu Mehrbelastungen und unnötiger Bürokratie führen. Zudem muss das kommunale Hebesatzrecht zwingend erhalten bleiben.

Vor diesem Hintergrund ist zu beachten, dass der Gesetzgeber eine aufkommensneutrale Reform nicht allein gewährleisten kann. Denn letztlich entscheidet über die Aufkommensneutralität weitgehend die jeweilige Kommune im Rahmen der Festsetzung der jeweiligen Hebesätze. Einzelne Kommunen könnten versucht sein, im Zuge der Reform ihr Grundsteueraufkommen zu erhöhen.

Um der Möglichkeit einer Steuererhöhung durch die Hintertür frühzeitig einen Riegel vorzuschieben, wurde von der Arbeitsgruppe Finanzen und der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der FDP-Bundestagsfraktion der nachstehende Musterantrag erstellt, dessen Einbringung wir Sie zu prüfen bitten. Bereits im Vorfeld der Grundsteuerreform und vor den anstehenden Kommunalund Europawahlen kann mit dem Antrag die Planungssicherheit der Kommunen erhöht und das steuerpolitische Profil der FDP gestärkt werden.

## **MUSTERANTRAG**

#### Grundsteuerbremse einführen – Aufkommensneutralität der Grundsteuer schaffen

Anpassungen an landes- und kommunalspezifische Gegebenheiten u.U. notwendig!

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 10. April 2018 (1 BvL 11/14) entschieden, dass die jahrzehntealten Vorschriften zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage zur Grundsteuer (Einheitswert) mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Grundgesetzes nicht vereinbar sind. Dem Gesetzgeber wurde eine Frist bis zum 31. Dezember 2019 eingeräumt, innerhalb der eine mit den Vorschriften des Grundgesetzes vereinbare Reform der Einheitswertermittlung als Gesetz verabschiedet sein muss. Innerhalb einer weiteren Frist von 5 Jahren müssen die ca. 36.000.000 Einheitswerte aller betroffenen Grundstücke auf der Basis der neuen Regelungen neu ermittelt werden. Darüber hinaus dürfte eine zukünftige Verfassungswidrigkeit nur dann ausgeschlossen sein, wenn es in regelmäßigen Abständen, z.B. alle 7 Jahre, im Rahmen einer Hauptfeststellung, zu einer Überprüfung und ggf. auch Anpassung der Einheitswerte kommt. Sollte also bis zum 31. Dezember 2019 kein neues Gesetz in Kraft getreten sein, entfällt die Grundsteuer, und damit die Haupteinnahmequelle der Kommunen, ersatzlos.

Die Freien Demokraten setzen sich im Rahmen der Reform dafür ein, dass die Neuregelung möglichst unbürokratisch erfolgen kann. Der Aufwand für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen und die Verwaltung muss überschaubar sein. Darüber hinaus wollen wir

erreichen, dass die Eigentümer die Bemessungsgrundlage zur Grundsteuer auch nachvollziehen können. Auch dies ist in weiten Fällen heute nicht der Fall. Zentrales Element der Reform muss sein, dass die Grundsteuer auch in Zukunft eine kommunale Steuer mit Hebesatzrecht der Kommunen bleibt. Wegen der Neuberechnung der Einheitswerte wird es zwangsläufig zu Gewinnern und Verlierern der Reform kommen. Politiker aller demokratischen Parteien im Bundestag versichern immer wieder, dass die Neuberechnung der Einheitswerte nicht zu einer Steuererhöhung innerhalb der Kommunen führen dürfe. Dieses Ziel ist jedoch nur zu erreichen, wenn die Kommunen ihren über das Hebesatzrecht bestehenden Einfluss nicht für Steuererhöhungen zu nutzen.

Es gehört zur Aufgabe der Parteien in der Kommunalpolitik, zu beweisen, dass die Versprechen zur Entbürokratisierung, der Vereinfachung des deutschen Steuersystems und der Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform keine reinen Lippenbekenntnisse sind.

Der [Stadtrat, Gemeinderat, Regionalversammlungen, Ortsrat etc. einfügen] wolle deshalb beschließen:

Im Rahmen einer Selbstverpflichtung zu gewährleisten, dass die Hebesätze nach Inkrafttreten der Reform der Grundsteuer so anzupassen sind, dass das Aufkommen aus der Grundsteuer maximal konstant bleibt und Abweichungen hiervon in Einzelfällen detailliert zu begründen sind.

Eine Muster-Pressemitteilung findet sich auf der nächsten Seite.



### **MUSTER-PRESSEMITTEILUNG**

#### Grundsteuerreform macht Wohnen teurer

Anpassungen an landes- und kommunalspezifische Gegebenheiten u.U. notwendig!

Musterstadt – "Olaf Scholz macht mit seiner geplanten Grundsteuer-Reform das Wohnen teurer. Mit seinen komplizierten Berechnungskriterien gleicht der Reformvorschlag zudem einem Bürokratiemonster", so die scharfe Kritik der Freien Demokraten in Musterstadt an den Plänen des Bundesfinanzministers. Generell gilt: Je höher die Mietpreise, je jünger das Gebäude und je höher die Bodenrichtwerte, desto höher wird die Grundsteuer sein.

Wenn wertabhängige Komponenten wie Mieten und Bodenrichtwerte zu Bezugsgrößen für die Erhebung der Grundsteuer gemacht würden, seien Steuererhöhungen vorprogrammiert. Wenn die Miete steige, werde auch die Grundsteuer steigen. "Dass der Staat die Grundsteuer als Instrument benutzt, um das Wohnen zu verteuern, ist vor dem Hintergrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt widersinnig", so FDP-Fraktionsvorsitzender *Max Mustermann*.

Auch das Baujahr des Gebäudes als weiterer Berechnungsfaktor müsse hinterfragt werden, da sich daraus keine Rückschlüsse auf dessen Wert schließen ließen. "Ein 30 Jahre altes, schlecht gepflegtes Haus wird ganz anders bewertet als ein komplett saniertes Gebäude aus dem 19. Jahrhundert", gibt *Mustermann* zu bedenken. "Wenn man weiß, dass die Bodenrichtwerte nicht flächendeckend verfügbar und bundesweit qualitativ höchst unterschiedlich sind, muss man zudem von einer hohen Klageanfälligkeit ausgehen. Was wir aber dringend brauchen, sind Rechtssicherheit und Transparenz", so *Mustermann* weiter.

"Olaf Scholz belastet die Kommunen mit überflüssiger Bürokratie und einer intransparenten Berechnung. Wir Freien Demokraten favorisieren ein flächenbasiertes Modell, bei dem keine Grundstücks- oder Gebäudewerte herangezogen werden. Ein solches Modell wäre einfach zu berechnen, transparent und rechtssicher", erläutert Mustermann. Für die Freien Demokraten sei klar: "Musterstadt muss die Hebesätze an die neue Grundsteuer so anpassen, dass die Reform nicht zu einer Steuererhöhung missbraucht wird. Die Reform muss vor Ort aufkommensneutral umgesetzt werden."



Das Berliner Bundestagsbüro des Berichterstatters der FDP-Bundestagsfraktion zur Grundsteuerreform, Markus Herbrand, steht Ihnen bei Rückfragen unter der E-Mail Adresse <u>markus.herbrand@bundestag.de</u> sehr gern zur Verfügung.





# **Grundsteuerreform - ein Kommentar**

von Karl Peter Brendel, Bundesgeschäftsführer der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Das Bundesverfassungsgericht hat im April 2018 entschieden, dass die bisherigen Bewertungsregeln mit der Verfassung nicht mehr vereinbar sind. Soll die Grundsteuer weiter erhoben werden, muss es eine neue Bewertungsregel geben.

Für die Gemeinden ist die Grundsteuer eine wichtige und konstante Einnahmequelle. 14 Milliarden Euro erheben sie pro Jahr. Wenn es keine neue Regelung durch den Bund gibt, ist diese Einnahme weg.

Die Diskussion im Bund und mit den Ländern macht keinesfalls optimistisch. Aufkommensneutral, einfach und gerecht soll die Lösung sein. Was bedeutet dies aber konkret? Dazu gibt es sehr unterschiedliche Meinungen.

Klar ist, dass die Aktualisierung der bisher verwendeten Bemessungsgrundlagen jahrzehntelang nicht geschafft wurde, deshalb das Machtwort des Verfassungsgerichts. Die Aufgabe ist auch nicht einfach. Für 35 Millionen Immobilien muss ein neuer Ausgangswert ermittelt werden. Je mehr Faktoren wegen der "Gerechtigkeit" eine Rolle spielen sollen, so mehr Ermittlungsaufwand. Eigentlich logisch – logisch soll aber nach den Vorstellungen der Politik auch sein, dass das was jahrzehntelang (seit 1964 galten die bisherigen Werte im Westen) nicht möglich war,

jetzt ganz schnell -längstens in 5 Jahren- möglich sein soll. Derzeit ist unklar, was die Reform im konkreten Fall für die Eigentümer und die Gemeinden bringen wird. Wenn es eine Regelung gibt, werden die Gemeinden manches auch über den Hebesatz regulieren können. Für die Finanzverwaltung wird es eine Mamutaufgabe. 2700 zusätzliche Stellen in Bayern sind nach Auffassung der dortigen Landesregierung erforderlich. Die Grundsteuer kann sich für Eigentümer verdreifachen oder verzehnfachen oder gar nicht ändern. Nichts Genaues weiß man nicht und deshalb öffnet die Politik ein Ventil und sagt: Auf die Mieter soll die Grundsteuer nicht mehr umgelegt werden. Wer diese Regel nicht zur Erhöhung der Miete nutzt, hat das System nicht verstanden. Sicherheitshalber soll es dann auch noch möglichst viele Ausnahmen geben, was das Erhebungssystem -Vorsicht Ironie- weiter vereinfachen wird. Jedenfalls sorgt ein möglichst differenziertes sozialdemokratisch gerechtes - Regelwerk für Arbeit bei Anwälten, Finanzämtern und Gemeindeverwaltungen und wahrscheinlich auch irgendwann zur Verfassungswidrigkeit. Deshalb: Ein einfacher Maßstab ist die Fläche. Sie verändert sich nicht und kann einfach ermittelt werden.

Den Rest kann die Gemeinde dann mit ihrem Hebesatz regeln.





# Ein echter Richtungswechsel für Bremen!

von Lencke Steiner MdBB, Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten in der Bremischen Bürgerschaft

Am 26. Mai wird in Bremen gewählt. Erstmals in der Geschichte der Freien Hansestadt ist es möglich die SPD Regentschaft zu beenden. Diese historische Chance wollen wir nutzen und einen echten Richtungswechsel einzuleiten.

Wir werden den mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die selbstständig die richtigen Entscheidungen für ihr Leben treffen, eine Stimme geben. Wir setzen auf ein unkompliziertes Bremen, das sich bei Bürokratie, Steuern und Abgaben zurückhält und zugleich bei der Bildung unserer Kinder sowie bei Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit auftrumpft. Mit uns wird der Zukunft die höchste Priorität einräumt und keine Politik aus der Mottenkiste gemacht.

Bremen hat in den vergangenen Jahren eigentlich alle Voraussetzungen für eine bessere Politik gehabt. Sprudelnde Steuereinnahmen, gutes Wirtschaftswachstum und historisch niedrige Zinsen sind vom rot-grünen Senat jedoch nicht genutzt worden, um Bremen und insbesondere Bremens Kinder und Jugendliche fit für die Zukunft zu machen. 74 Jahre SPD-Regierung haben im Bildungsbereich einen Scherbenhaufen hinterlassen. Dazu kommen massives Verkehrsprobleme, unsichere Orte, eine hohe Arbeitslosigkeit sowie eine Wirtschaft, die lange nicht ihr Potenzial entfalten kann.

Wir werden dafür sorgen, dass Bremen in den nächsten vier Jahren wieder die richtigen Schwerpunkte setzt.

Die Bremer Bildungspolitik hat dabei das höchste Aufholpotenzial. Schule ist kein Spielfeld für linke Bildungsromantik, sondern Garant für eine aussichtsreiche Zukunft für jede Schülerin und jeden Schüler, unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Wir werden daher die Ideologisierung in der Bildungspolitik beenden und das Leistungsprinzip in der Schule wieder in den Mittelpunkt rücken. Zukünftig muss wieder entscheidend sein, was jemand erreichen will. Wer Leistungsbereitschaft zeigt, der hat ein Recht, dass ihm oder ihr alle Türen offenstehen.

Nicht nur die Bildungspolitik braucht ein Update. Auch die Bremer Verkehrspolitik darf nicht länger Spielball im ideologischen Kampf zwischen vermeintlich guter oder vermeintlich schlechter Mobilität sein. Wir werden den grünen Kampf gegen das Auto beenden und uns wieder für ein gleichberechtigtes Miteinander der Verkehrsteilnehmer einsetzen. Reibungsloser Verkehr hängt an einer guten und insbesondere intakten Infrastruktur. Daher setzen wir nicht nur auf mehr Investitionen in die Instandhaltung von Straßen und Brücken, sondern auch auf Investitionen in eine moderne, digitale Infrastruktur. Im Mittelpunkt unseres Handels steht schließlich die Selbstbestimmung. Wir wollen den Menschen mehr Zeit für sich geben. Ein digitaler Staat, der Verwaltungshandeln einfach und transparent macht, ist dafür genauso notwendig, wie ein effizienterer Sozialstaat, der sich auf das Ermöglichen konzentriert.

Als Rechtsstaatspartei ist für uns natürlich Sicherheit ein hohes Gut. Echte Freiheit funktioniert nur mit Sicherheit.

Statt auf populistische Maßnahmen wie mehr anlasslose Videoüberwachung oder wirkungslose Glasflaschenverbote setzen wir auf eine leistungsfähige Polizei und Justiz. Wir werden daher insbesondere Strafverfahren durch mehr Justizpersonal beschleunigen, damit zwischen Straftat und Verurteilung oder Freispruch weniger Zeit vergeht. Wir stärken die Polizei, insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität, damit Bremen nicht mehr länger das Mekka krimineller Familien-Clans ist.

Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, sind viel zu selten Adressat der Politik. Wir rücken junge Familien in den Mittelpunkt unserer Politik. Neben guter Bildung, guten Arbeitsplätzen und einem sicheren Bremen gehört dazu auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch lebensechte Betreuungszeiten sowie der einfachere Erwerb von Wohneigentum durch finanzielle Entlastungen bei der Grunderwerbssteuer.

Unser schönes Bundesland hat viel zu lange unter schlechten Rahmenbedingungen gelitten. Wir haben für die Zukunft Bremens viel vor. Bremen hat in der Vergangenheit eine Menge Chancen versäumt. Wir werden das zukünftig ändern. Bremen hat als "Land der kurzen Wege" das Zeug, Vorbild im Bund zu sein. Wir Bremer können die Möglichkeiten der Digitalisierung viel schneller und moderne Bildung viel besser umsetzen. Dafür ist es notwendig, Bremer Politik neu zu denken.

Am 26. Mai wollen wir Verantwortung übernehmen und diesen Richtungswechsel einleiten. Auf geht's!



Erfahren Sie mehr zur Arbeit des Landesverbandes Bremen und der Fraktion der Freien Demokraten in der Bremischen Bürgerschaft unter:

> www.fdp-bremen.de www.fdp-fraktion-hb.de





## Hamburg kann es besser!

von Katja Suding MdB, Vorsitzende der FDP Hamburg

Am 26. Mai wird in Hamburg gewählt. Im Großen, Abstrakten geht es um das EU-Parlament, im Kleinen, Nahen, Greifbaren geht es um die Bezirksversammlungen in den sieben Hamburger Bezirken.

Jeder dieser Bezirke hat dabei seine ganz eigenen Wünsche und Visionen, seine eigenen Baustellen und Herausforderungen. Jeder dieser Bezirke hat deshalb auch sein eigenes liberales Wahlprogramm, das den Anliegen und Angelegenheiten vor Ort gerecht zu werden versucht.

Über die Grenzen der Bezirke hinaus gibt es aber auch Herausforderungen, die Hamburg als Ganzes betreffen – und die deshalb vom Ganzen her bedacht und angepackt werden müssen. Als einzige Partei in Hamburg haben wir deshalb ein bezirksübergreifendes Wahlprogramm aufgeschrieben, das unsere politischen Prioritäten für ein nachhaltig wachsendes und lebenswertes Hamburg festlegt.

Immer mehr Menschen möchten in unserer schönen Stadt wohnen und arbeiten. In den nächsten 15 Jahren könnte Hamburg mehr als 160.000 neue Einwohner gewinnen.

Das ist eine riesige Chance. Denn mit neuen Einwohner gewinnen wir zugleich neue Lebensarten, Ideen, neue Nachbarn und Freunde. Darauf wollen wir vorbereitet sein.

Deshalb sorgen wir Freien Demokraten für

- 1. bezahlbaren Wohnraum in lebenswerten Quartieren,
- 2. einen verlässlichen ÖPNV, der jeden zu jeder Zeit ans Ziel bringt,
- ein quartierverankertes Bildungsangebot, das bei der Frühförderung anfängt und beim lebenslangen Lernen (nicht) aufhört.

#### Bezahlbarer Wohnraum in lebenswerten Quartieren

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Damit sich die Frage nicht zum Sprengstoff unserer Stadtgemeinschaft entwickelt, müssen wir schnell und wirksam handeln – ohne Schnellschüsse zu produzieren. Wir setzen auf ein differenziertes, behutsames und nachhaltiges Wohnungsbauprogramm.

Die Vergabe von Bauflächen darf sich nicht länger daran

orientieren, wer den höchsten Preis zahlt, sondern wer das beste Wohnkonzept vorlegt. Darüber hinaus bietet auch bestehender Wohnraum Potenzial: Wir wollen Geschosse aufstocken und Dächer ausbauen. Dabei bedenken wir immer mit: Mehr Menschen brauchen mehr Kitas, Schulen, Mobilitätsangebote, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Grünflächen, Sportplätze, Parkplätze. Mit einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung beziehen wir die Menschen vor Ort in die Planungen ein, um ihre Anliegen von Anfang an zu berücksichtigen.

Damit auch tatsächlich gebaut wird, schaffen wir bürokratische Hürden ab, die Investoren unnötig am Investieren hindern und die Verfahren unnötig in die Länge ziehen. Die Bezirksämter statten wir mit mehr Personal und digitaler Technik aus, sodass Bauverfahren schneller bewältigt werden.

#### Verlässlicher ÖPNV, der jeden zu jeder Zeit ans Ziel bringt

Ob mit dem Öffentlichen Nahverkehr, dem Auto oder Fahrrad – wir wollen, dass sich jeder Bürger reibungslos, verlässlich und sicher durch den öffentlichen Raum bewegen kann. Den ÖPNV bauen wir so weit aus, dass alle Hamburger die zentralen Verkehrsknotenpunkte und ihren Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln mindestens so schnell erreichen, wie mit dem Auto – zu allen Tagesund Nachtzeiten. Dazu erweitern wir das Transportnetz, verdichten die Taktung und definieren verbindliche Obergrenzen für Wartezeiten. Das ist unsere liberale Mobilitätszusage für Hamburg! Ein flächendeckendes WLAN im ganzen ÖPNV-Netz machen wir zum Standard, damit Warte- und Transportzeiten aktiv genutzt werden können.

Wer trotzdem lieber mit dem Auto fährt, der soll dies störungs- und staufrei tun können. Fahrverbote sind mit uns nicht zu machen. Stickoxidbelastungen können viel besser durch intelligente Verkehrslenkung, grüne Wellen und städtebauliche Maßnahmen gesenkt werden. Die Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf Hauptstraßen lehnen wir ebenso ab. Verträge für die Durchführung von Baustellen werden wir so schließen, dass sie Anreize für Beschleunigungen und Sanktionsmöglichkeiten bei Verzögerungen erlauben.

Wir sorgen außerdem für Sanierung und Ausbau der Radwege und Velorouten. An S- und U-Bahnhöfen richten wir Fahrradgaragen ein, die Hamburger S-Bahnen werden mit Fahrradwagons ausgestattet. Mobilität macht frei. Noch freier machen Möbilitätsangebote, die beliebig kombinierbar sind. Das ist unser Ziel für Hamburg.

#### Quartierverankertes Bildungsangebot, das bei der Frühförderung anfängt und beim lebenslangen Lernen (nicht) aufhört

Immer mehr Kinder leben in unserer Stadt. ledem Einzelnen wollen wir die besten Chancen auf ein selbstbestimmtes, gelingendes Leben geben. Gerade Kinder von allein- und getrennterziehenden Elternteilen brauchen dabei unsere besondere Unterstützung. Oftmals sind sie durch die sozialen Rahmenbedingungen von der Teilhabe an gesellschaftlichen Angeboten ausgeschlossen. Wir setzen uns ein für mehr Transparenz und weniger Bürokratie bei den verschiedenen Förderangeboten. Förderangebote sind kein Selbstzweck. Sie sollen genau dort ankommen, wo sie gebracht werden. Mit der Ausweitung von Kita-Plätzen, flexibleren Betreuungszeiten und dem Ausbau von Ganztagsangeboten schaffen wir außerdem bessere Teilhabemöglichkeiten - sowohl für die Kinder als auch deren Eltern, denen der Weg zurück ins Berufsleben erleichtert wird.

Bei der Entwicklungsplanung von bestehenden und neuen Quartieren setzen wir uns für ein flächendeckendes Vorschulangebot ein. Die Bedeutung der Vorschule für den späteren Schulerfolgt wird oft unterschätzt. Dabei sind sie ein hervorragender Ort, um Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem Elternhaus gemeinsame Perspektiven zu eröffnen, und um konkrete Defizite, zum Beispiel bei der Sprache, noch vor dem Schuleintritt auszugleichen. Die Schulklassenplanung in den Quartieren wird mit uns nicht mehr der Bevölkerungsentwicklung hinterherlaufen. Ebenso werden mit uns Angebote für lebenslanges Lernen bei der Entwicklung von Quartieren von vornherein mitgedacht.

Wir Freien Demokraten in Hamburg haben uns zum Ziel gesetzt, in jeder Bezirksversammlung in Fraktionsstärke vertreten zu sein. Dann stehen die Chancen ausgezeichnet, dass wir unsere Kernanliegen bezirksübergreifend umsetzen können. Wir stellen uns und unser Programm zur Wahl. Für ein Hamburg das wächst – ganz ohne Wachstumsschmerzen!





# Im Herzen Europas Europa im Herzen – Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz

von Cornelia Willius-Senzer MdL, Vorsitzende der FDP-Fraktion im Rheinland-Pfalz

"Und dann wählen wir ja auch noch das Europaparlament" – Dieser Satz begegnet mir bezüglich der anstehenden Kommunalwahlen im Mai sehr oft. Teilweise habe ich das Gefühl, dass die Wahl des Europäischen Parlaments für viele Menschen eher eine Belastung denn große Freude ist. Aber sie ist mehr als nur schmückendes Beiwerk, viel mehr. Sie ist entscheidend für künftige Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene. Sie ist von existenzieller Bedeutung für unser Land. Europa und seine Kommunen, das gehört zusammen.

Die Rheinland-pfälzischen Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Sie waren als zentrales Element gefordert, als eine große Zahl an Migrantinnen und Migranten in unserem Land Schutz vor Krieg und Verfolgung suchten. Sie sind derzeit gefordert, hohe Investitionen in die Infrastruktur vor Ort zu tätigen, um mit den hohen Steuereinnahmen nachhaltig zu wirtschaften. Und sie sind gefordert, die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen, um beste Bildung, eine effiziente Verwaltung und einen attraktiven Wirtschaftsstandort bieten zu können.

Ohne Zweifel sind das sehr große Aufgaben. Als Mainzer Stadträtin und Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Landtag Rheinland-Pfalz betrachte ich diese Entwicklungen immer von zwei Seiten. Ich streite auf kommunaler Ebene für eine Stadt, die die Zukunft fest im

Blick hat und im Land für eine gute finanzielle Ausstattung unserer Kommunen.

Beste Bildung ist hierbei für mich ein zentrales Anliegen – und auch ein Beispiel dafür, dass die großen Herausforderungen unserer Zeit nur im Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen bewältigt werden können. Der Digitalpakt macht es möglich, dass der Bund sich künftig finanziell im Bildungsbereich engagiert. Nur mit dieser Unterstützung können wir in den Kommunen für eine gute und zeitgemäße Ausstattung der Schulen sorgen. Die Digitalisierung im Bildungsbereich wird zentrale Zukunftsaufgabe in den Städten,Verbandsgemeinden und Landkreisen sein. Wir Freie Demokraten packen diese mutig an und haben immer das Ziel der weltbesten Bildung für unsere Kinder vor Augen.

Rheinland-Pfalz startet wirtschaftlich durch. In keinem anderen Bundesland ist das Wirtschaftswachstum so hoch wie bei uns. Die rheinland-pfälzischen Unternehmen profitieren von guten Rahmenbedingungen und vielen Maßnahmen, wie zum Beispiel dem Aufstiegsbonus als anerkennende Prämie für Meisterinnen und Meister oder die Fachkräftestrategie des Landes, die zusammen fruchtbaren Boden für eine starke Wirtschaft sind.

Doch gute Wirtschaftspolitik beginnt in der Kommune. Wir Freie Demokraten stehen vor Ort für ein unternehmerfreundliches Klima und wollen die Städte und Gemeinden infrastrukturell fortentwickeln. Eine schlanke Verwaltung, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur, ein modernes Mobilitätsangebot, eine gute medizinische Versorgung und eine starke Bildungsinfrastruktur sind Voraussetzung dafür, dass sich die Menschen für einen Standort entscheiden – ob sie nun ihren Lebensmittelpunkt oder ihr unternehmerisches Glück in unseren rheinland-pfälzischen Kommunen suchen. Und dafür kämpfen wir Freie Demokraten.

Besonders wichtig ist uns die digitale Kommune. Im Bereich des eGovernment haben wir deutschlandweit großen Aufholbedarf. Wir können vom Baltikum nur lernen. Estland ist ein wahrer Pionier in Sachen Digitalisierung. Während wir in unseren Kommunen noch eine Nummer ziehen und lange darauf warten, bis wir aufgerufen werden, um unseren neuen Personalausweis zu beantragen, loggen sich die Bürgerinnen und Bürger Estlands von der Couch in ein zentrales Internetportal ein, in dem Bürgerdienste und Online-Dienstleistungen jederzeit zur Verfügung stehen. Und da wollen auch wir Freie Demokraten ankommen. Egal ob Meldewesen, Bauangelegenheiten oder die KFZ-Zulassung – wir brauchen digitale Prozesse. Und vielleicht ist schon bald die Blockchain-Technologie beim Katasteramt kein Fremdwort mehr.

Rheinland-Pfalz trägt Europa im Herzen. Und Europa trägt Rheinland-Pfalz. Fördermittel für die Entwicklung des ländlichen Raums in Eifel und Hunsrück, das Erasmus-Programm für unsere Studierenden und Auszubildenden in Mainz und Koblenz oder die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftsstandorten in Kaiserslautern – Europa hat einen konkret greifbaren Wert für uns Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. Sechs von zehn Euro verdienen unsere Unternehmen im Ausland – vor allem innerhalb der Europäischen Union. Es ist deshalb für uns Freie Demokraten undenkbar, das Projekt Europa grundsätzlich infrage zu stellen. Weil wir Europa lieben, wollen wir es reformieren.

Wir wollen eine bessere Europäische Union. Denn sie ist für unseren Wohlstand von existenzieller Bedeutung – und natürlich auch für die Weiterentwicklung unserer rheinlandpfälzischen Kommunen. Streiten wir deshalb für starke Freie Demokraten in den kommunalen Räten und auf europäischer Ebene.



Erfahren Sie mehr zur Arbeit des Landesverbandes Rheinland-Pfalz und der Fraktion der Freien Demokraten Landtag Rheinland-Pfalz unter:

> www.fdp-rlp.de. www.fdp-fraktion-rlp.de





## Brandenburg wählt ...

von Jacqueline Krüger, Generalsekretärin der FDP Brandenburg

und dies gleich mehrfach in diesem Jahr. Brandenburg, das flächenmäßig größte der neuen Bundesländer, sieht in diesem Jahr den Europawahlen, den Kommunalwahlen inkl. Kreistagswahlen und den Landtagswahlen entgegen. Eine Herausforderung für die Freien Demokraten vor Ort, bedeutet es doch letztlich einen echten Wahlkampf-Marathon.

Den Kommunalwahlen kommt eine wichtige Bedeutung zu: die Verankerung liberaler Realpolitik in den Gemeinden des Landes ist von enormer Bedeutung für die FDP Brandenburg. Am 26. Mai wählen die Brandenburger 14 Kreistage, 4 Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, 413 Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisangehörigen

Gemeinden und Städte. Die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der amtsangehörigen Gemeinden und Städte und die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher oder Ortsbeiräte in den Ortsteilen werden ebenfalls gewählt. In alle Städteund Gemeindevertretungen wollen die brandenburgischen Freien Demokraten mit einer möglichst starken Fraktion einziehen.

Dabei stehen sie im Kommunalwahlkampf einer Vielzahl von Themen gegenüber. Die Situation im Land – mithin die Themenschwerpunkte – unterscheiden sich von Landkreis zu Landkreis, von Region zu Region, von Ort zu Ort. Die Herausforderungen in Elbe-Elster, der Prignitz, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße oder der Uckermark

unterscheiden sich von denen in Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming bzw. generell von denen der Gemeinden, die sich in unmittelbarer Nähe zu Berlin befinden. Wir haben Regionen wie die Lausitz, die sich den Herausforderungen eines umfassenden Strukturwandels stellen müssen. Auch in den vier kreisfreien Städten des Landes, Potsdam, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel, gilt es, einen möglichst erfolgreichen Kommunalwahlkampf zu gestalten. Die Kommunalwahlthemen liegen dabei ganz in der Hand der Liberalen vor Ort; sie kennen die Themenschwerpunkte, die Herausforderungen und die Fragen der Bürger- und Bürgerinnen am besten.

Trotzdem lassen sich Themenschwerpunkte in der politischen Debattenlandschaft Brandenburgs erkennen. So kämpft Brandenburg mit einer zunehmend schwierigen Situation im Bereich der Gesundheitsversorgung – hier werden insbesondere Fachärzte und Pflegekräfte händeringend gesucht. Immer häufiger kommt es zu extrem langen Wartezeiten bei der Suche nach einem Termin beim Facharzt, oder die Patienten müssen lange Anfahrtswege in Kauf nehmen. Brandenburg wächst, doch dieses Wachstum führt in vielen Orten zu einem spürbar höheren Druck auf den Wohnungsmarkt – bis hin zu Wohnraummangel. Unsere Schulen leiden unter einem Lehrermangel und das gesamte Land unter einem erheblichen Defizit im Bereich der digitalen Infrastruktur. Der Öffentliche Nahverkehr fährt, je nach Region, nicht

selten an der Grenze seiner Belastbarkeit oder kann die Bedürfnisse vor Ort schlichtweg nicht auffangen. Eine besondere Bedeutung für die Kommunen haben auch die in den letzten Monaten von der rot-roten Landesregierung initiierten Vorhaben wie die "beitragsfreie Kita" und nun auch die geplante Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Was für den Bürger vor Ort sicherlich begrüßenswert erscheint, stellt die Kommunalpolitik vor erhebliche Herausforderungen. Aus unserer Sicht muss sichergestellt werden, dass die Städte und Gemeinden hier keine zusätzlichen Belastungen tragen müssen und das Land hier die entstehende Finanzierungslücke vollständig schließt.

Ein weiteres, derzeit im Land kontrovers diskutiertes Thema, das besonders in den betroffenen Gebieten auch im Kommunalwahlkampf eine Rolle spielen wird, ist der Umgang mit Wolf, Wildschwein und Co. Der Anstieg der Wolfspopulation und die damit einhergehenden Verluste durch Risse bei den Weidetierhaltern ist ein Thema, das, obwohl im Schwerpunkt nicht kommunalpolitischer Natur, natürlich auch in der Kommunalpolitik der besonders betroffenen Gemeinden eine Rolle spielen wird - wie auch viele andere Themen, ob aus dem umwelt-, gesellschaftspolitischen, bildungspolitischen, gesundheitspolitischen oder eben infrastrukturpolitischen Bereich.

Die FDP steht in Brandenburg mitten im Wahlkampf mit dem klaren Ziel, unsere Heimat besser zu machen.





# Sächsische Freidemokraten kämpfen für erfolgreiches Comeback im Superwahljahr 2019

von Torsten Herbst MdB, Generalsekretär der FDP Sachsen

Sachsen geht 2019 in ein echtes Superwahljahr. Mit Europa-, Kommunal-, und Landtagswahl stehen gleich drei wichtige Schlüsselentscheidungen an. Bei allen drei Urnengängen wollen wir unsere Stimmenanteile deutlich steigern. Im Mai geht es darum, die bisher über 300 kommunalen FDP-Mandate in Sachsen nicht nur zu halten, sondern kräftig auszubauen. Im September wollen wir einen erfolgreichen Wiedereinzug in den Landtag schaffen – mit einer möglichen und realistischen Option auf eine Regierungsbeteiligung.

Sachsen gilt als das ostdeutsche Bundesland, welches sich seit der Wende am erfolgreichsten entwickelt hat. In den letzten Jahren ist die Dynamik jedoch weitgehend verloren gegangen. Die Bürokratie, Ambitionslosigkeit und Langsamkeit der schwarz-roten Landesregierung lassen den Freistaat zurückfallen. Das wollen wir, die sächsischen Freidemokraten, ändern. Sachsen muss wieder zu dem Bundesland werden, wo deutlich mehr geht als anderswo. Ein zentrales Thema ist die Mobilität. Wir wollen Straßenund Schienenwege schneller ausbauen, um ländliche Regionen besser mit den Ballungsräumen zu verbinden. Viele kleine Orte in Sachsen sind bisher nur unzureichend per ÖPNV angebunden, die Taktzeiten sind oft unattraktiv. Wir wollen daher eine Organisationsreform des ÖPNV im Freistaat und eine Einbeziehung neuartiger Mobilitätsdienstleister.

#### Stärkung und Vernetzung der Kommunen

Die sächsischen Kommunen sollen nicht länger am Gängelband von Förderprogrammen des Landes hängen. Wir wollen sie finanziell so stärken, dass sie aus eigener finanzieller Kraft frei entscheiden können, wofür sie ihr Geld ausgeben. Zudem fordert die FDP eine Abkehr vom Ziel von Gemeindefusionen mit 5.000 Einwohnern pro Kommune. Die Zusammenarbeit der Kommunen untereinander soll dafür gestärkt werden.

#### Digitalisierung entschlossen vorantreiben

Weiterer Schwerpunkt ist die Digitalisierung – vor allem im ländlichen Raum. Dazu gehört auch die Einrichtung von "Digitalen Rathäusern". Sie sollen Bürgern die Möglichkeit bieten, Verwaltungsgänge online von zu Hause oder auch von unterwegs erledigen zu können. Gerade Bürger, die in strukturschwachen Regionen mit schlechter Verkehrsanbindung leben, können den digitalen Bürgerservice – unabhängig der Öffnungszeiten – bequem nutzen. Ebenfalls notwendig ist ein schnellerer Mobilfunkausbau, um die Funklöcher in den ländlichen Regionen zu beseitigen.

#### Infrastruktur und Daseinsvorsorge intelligent organisieren

Ziel muss es sein, dass auch künftig die Versorgung mit allen wichtigen Gütern in der Fläche sichergestellt wird. Wachsende Großstädte und dünner besiedelte ländliche Räume müssen differenziert betrachtet werden. Das gilt für Fragen der Stadtentwicklung, der Wohnungsbaupolitik, in Umweltfragen und in der Bildung. Wir wollen, dass keine weiteren Schulen in Sachsen geschlossen werden. Die Stärkung regionaler Berufsschulzentren ist für den örtlichen Mittelstand und das Handwerk unverzichtbar. Bessere öffentliche Mobilitätsangebote muss es vor allem für Kinder und ältere Menschen geben, die über kein eigenes Auto verfügen. Im ländlichen Bereich wollen wir kombinierte Bürgerläden unterstützen, in denen beispielsweise Behörden, Bankfilialen oder auch Läden gebündelt werden.

2019 ist für uns sächsische Freidemokraten ein Jahr der großen Chancen. Wir werden mit viel Mut, Charakter und Leidenschaft dafür kämpfen, dass in diesem Jahr von Sachsen ein echtes Erfolgssignal ausgeht.





### Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt

von Frank Sitta MdB, Vorsitzender der FDP Sachsen-Anhalt

Zu den letzten Kommunalwahlen vor fünf Jahren haben sich leider vielerorts auch in Sachsen-Anhalt liberale Mandatsträger in der Kreistagen und Stadt- und Gemeinderäten der damals ausgesprochen schwierigen Lage der Bundespartei nicht entziehen können. Da eigene Fraktionen unter diesen Umständen häufig nicht mehr gebildet werden konnten, war es in den vergangenen Jahren eine besondere Herausforderung, unser kommunalpolitisches Profil fortzuentwickeln. Die anstehenden Wahlen bieten nun die Möglichkeit uns vor Ort wieder zu verankern. Die Themen die den Wahlkampf bestimmen werden, sind der Natur der Sache entsprechend lokal sehr unterschiedlich. So dürfte die Wohnungsbaupolitik, die die Debatte auf Bundesebene stark geprägt hat, in Halle und Magdeburg - beides Städte, die sich in den vergangenen Jahren über steigende Einwohnerzahlen freuen konnten - durchaus eine Rolle spielen. Anderswo geht es aber weiterhin eher darum, die Folgen des demographischen Wandels klug zu organisieren. Ein landesweites Thema dürfte aber sicher der Breitbandausbau sein. Hier hat sich Schwarz-Rot-Grün in den letzten Jahren darauf beschränkt, Bundes- und EU-Mittel auszugeben. Eigene Anstrengungen mit einer entsprechenden Prioritätensetzung im Landeshaushalt hat es praktisch nicht gegeben. Auf die Förderrichtlinien konnte das Land so wenig Einfluss nehmen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Ausbau nicht recht voran geht, weil sich die Verzahnung der Förderprogramme häufig als schwierig erwiesen hat. Uns als Freien

Demokraten ist es gelungen, uns im Feld der Digitalisierung eine besondere Kompetenz zu erarbeiten. Wir können deshalb durchaus zuversichtlich sein, dass sich das am 25. Mai auch auszahlt. Ich kann auch alle unsere Wahlkämpfer nur ermuntern, selbstbewusst darauf hinzuweisen, dass wir als Freie Demokraten den Digitalpakt Schule durch das Vorantreiben der dafür notwendigen Änderung des Grundgesetzes erst möglich gemacht haben.

Vielen unserer Kandidaten dürfte zudem eine solide Haushalts- und Finanzpolitik sehr wichtig sein. Auch wenn die sprudelnden Steuereinnahmen längst nicht in allen kommunalen Haushalten angekommen sind, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dieses Feld in der öffentlichen Wahrnehmung eine viel zu geringe Rolle gespielt hat. Gleiches gilt für die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Unternehmen. Wir haben im Bundestag gerade erst einen Antrag für eine Reform der Unternehmensbesteuerung eingebracht. Wir wollen die Gesamtsteuerbelastung für die Wirtschaft auf das französische Niveau reduzieren. Die Widersprüchlichkeiten der Gewerbesteuer müssen endlich beendet werden. Stattdessen sollten die Kommunen ein Heberecht auf die Körperschaftsteuer erhalten.

Nun wo der Konjunkturmotor deutlich erlahmt ist, dürfte auch diese klassischen liberalen Kompetenzfelder wieder an Bedeutung gewinnen - am besten natürlich schon am 25. Mai.

# Satzung der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker



Beschlossen von der 34. Bundesdelegiertenversammlung am 24./25. August 2018 in Münster.

#### § 1 Name, Sitz, Gliederung, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen "Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker". Die Abkürzung lautet "VLK-Bundesverband".
- (2) Es handelt sich um einen nichtrechtsfähigen Verein am Sitz des Deutschen Bundestages.
- (3) Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker ist der Bundesverband, zu dem sich die Landesverbände der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker zusammengeschlossen haben.
- (4) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

#### § 2 Zweck

- (1) Zweck der VLK ist die Verwirklichung liberaler Grundsätze in der Kommunalpolitik insbesondere durch Förderung der politischen Willensbildung ihrer Mitglieder, enge Zusammenarbeit mit anderen liberalen Verbänden der Kommunalpolitik, intensive Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsame Vertretung nach außen.
- (2) Der Verein nimmt unter anderem folgende
  Aufgaben wahr: Förderung der Zusammenarbeit der
  Mitglieder auf Bundes-, Landes-, Bezirks-, Kreis- und
  Gemeindeebene; Pflege des Kontaktes zu den
  kommunalen Spitzenverbänden und anderen für die
  Kommunalpolitikpolitik wichtigen Institutionen
  sowie Intensivierung des Zusammenwirkens
  liberaler Kommunalpolitiker innerhalb dieser
  Verbände; Erarbeitung von Richtlinien und
  Empfehlungen für die praktische Arbeit in den
  kommunalen Vertretungen und Körperschaften
  nach Maßgabe der allgemeinen politischen
  Grundlagen der FDP.
- (3) Der VLK-Bundesverband vertritt die Interessen der liberalen Kommunalpolitik gegenüber dem FDP-Bundesvorstand, den FDP-Fraktionen in den Landtagen und im Bundestag, gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden und der Öffentlichkeit.

#### § 3 Mitglieder

- Mitglieder im VLK-Bundesverband sind die Landesverbände der VLK. Diese haben ihren Beitritt zum Bundesverband erklärt.
- (2) Ein Austritt aus dem Bundesverband ist durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand zum Ende des jeweiligen Jahres möglich.
- (3) Der VLK-Bundesverband erhebt einen jährlichen Beitrag. Über die Höhe des Beitrages entscheidet die Bundesdelegiertenversammlung.

#### § 4 Finanzierung

Der VLK-Bundesverband finanziert sich durch die Beiträge der Landesverbände, Spenden und sonstige Zuwendungen und Einnahmen. Die Einnahmen und das Vermögen dürfen ausschließlich für Zwecke im Sinne dieser Satzung verwendet werden. Ausscheidende Mitglieder haben keinen Anspruch auf Ausgleichszahlungen.

#### § 5 Organe

Die Organe der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker sind die Bundesdelegiertenversammlung und der Bundesvorstand.

#### § 6 Bundesdelegiertenversammlung

- (1) Die Bundesdelegiertenversammlung ist das oberste Organ der VLK. Sie hat folgende unübertragbare Aufgaben:
  - Wahl, Abberufung und Entlastung des Bundesvorstandes,
  - b) Wahl der Kassenprüfer,
  - c) Satzungsänderungen.

Sie entscheidet ferner über Anträge des Bundesvorstandes und der Mitglieder.

(2) Stimmberechtigt sind die Delegierten zur Bundesdelegiertenversammlung. Sie werden von den Landesverbänden gewählt. Auf jeden Landesverband entfallen drei Grundmandate in der Delegiertenversammlung. Zusätzlich erhält jeder Landesverband pro angefangene 100 Mitglieder ein Delegiertenmandat. Stichtag für die Berechnung ist der 1. Januar des jeweiligen Jahres. Die Landesverbände wählen für die Vertretung von verhinderten Delegierten Ersatzdelegierte zur Bundesdelegiertenversammlung. Stimmrechte können durch schriftliche Erklärung des Delegierten oder durch Erklärungen des jeweiligen Landesvorsitzenden bzw. seines Vertreters auf einen anderen Delegierten des jeweiligen Landesverbandes übertragen werden. Jeder Delegierte kann maximal zwei Stimmrechte ausüben. Die Landesverbände teilen Namen und Kontaktdaten der Delegierten und Ersatzdelegierten unmittelbar nach erfolgter Wahl dem VLK-Bundesverband mit.

- (3) Die Bundesdelegiertenversammlung tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Sie wird mit einer Frist von 6 Wochen durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Sie ist ferner auf Antrag von mindestens drei Landesverbänden einzuberufen. Die Einladung erfolgt in elektronischer Form gegenüber den Landesverbänden. Diesen obliegt die Information ihrer Delegierten.
- (4) Die Bundesdelegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde und mehr als die Hälfte der Stimmrechte durch die anwesenden Delegierten wahrgenommen werden. Die Bundesdelegiertenversammlung fasst ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
- (5) Die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung werden protokolliert und auf Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung oder des Bundesvorstandes veröffentlicht. Die Veröffentlichung erfolgt im Internet, in "Das Rathaus" und/oder in sonstiger elektronischer Form.

#### § 7 Bundesvorstand

- (1) Der Bundesvorstand besteht aus
  - a) dem / der Bundesvorsitzenden,
  - b) drei stellvertretende/n
  - c) Bundesvorsitzende/n,
  - d) dem / der Bundesschatzmeister/in,

- e) dem / der Schriftführer/in, und
- f) bis zu 4 Beisitzern.
- (2) Der Bundesvorstand nach Abs. 1 wird durch die Bundesdelegiertenversammlung in geheimer Wahl mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre und dauert bis zur Neuwahl des Nachfolgevorstandes an. Die Abberufung eines Vorstandsmitglieds erfolgt durch ein konstruktives Misstrauensvotum, welches einer Zweidrittelmehrheit durch die Bundesdelegiertenversammlung bedarf.
- (3) Ist ein Landesverband nicht im Bundesvorstand nach Abs. 1 vertreten, entsenden diese einen Vertreter als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht.
- (4) Ein Vertreter der FDP-Bundestagsfraktion, ein Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Bundesgeschäftsführer der VLK sowie ein Vertreter der Redaktion "Das Rathaus" gehören dem Bundesvorstand als ständige Gäste ohne Stimmrecht an. Der Bundesvorstand kann weitere Mitglieder als ständige Gäste ohne Stimmrecht kooptieren.
- (5) Der Bundesvorstand führt die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung aus, erledigt die Geschäfte der Vereinigung und verwaltet das Vermögen. Zur Mitgliederversammlung erstellt er einen Geschäfts- und einen Kassenbericht. Zur Führung der laufenden Geschäfte kann der Vorstand einen Bundesgeschäftsführer bestellen.
- (6) Sitzungen des Bundesvorstandes werden vom Vorsitzenden nach Bedarf eingeladen. Sitzungen können auch mittels technischer Hilfsmittel z.B. als Telefonkonferenz durchgeführt werden, wenn die Beteiligung aller Vorstandsmitglieder gesichert werden kann. Der Bundesvorstand fasst seine Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit.
- (7) Der Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsführer sind ehrenamtlich tätig. Über Entschädigungen entscheidet der Vorstand generell oder im Einzelfall.

#### § 8 Das Rathaus

- (1) Die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker gibt "Das Rathaus" heraus.
- (2) Für die Leitung wird vom Bundesvorstand ein hauptverantwortlicher Redakteur eingesetzt. Dieser ist für die Planung und Erstellung der Ausgaben

zuständig.

(3) Der Bundesgeschäftsführer und der hauptverantwortliche Redakteur verantworten die Herausgabe sowie der sonstigen Medien der VLK.

#### § 9 Rechnungsprüfung

- Die Kasse der Vereinigung Liberaler
   Kommunalpolitiker ist j\u00e4hrlich zur
   Bundesdelegiertenversammlung zu pr\u00fcfen.
- (2) Für die Kassenprüfung wählt die Bundesdelegiertenversammlung zwei Rechnungsprüfer und ggf. zwei Stellvertreter. Sie dürfen dem Bundesvorstand nicht angehören. Die Wahl kann offen erfolgen.

#### § 10 Satzungsänderungen

Änderungen dieser Satzung können mit einer Zweidrittelmehrheit aller Stimmrechte der Bundesdelegiertenversammlung beschlossen werden. Anträge auf Änderung dieser Satzung müssen zusammen mit der Einladung zur Bundesdelegiertenversammlung versendet werden.

#### § 11 Auflösungsbestimmungen

Die Auflösung des Vereins kann nur mit einer Vierfünftelmehrheit der Stimmrechte durch eine Bundesdelegiertenversammlung beschlossen werden, die zu diesem Zweck einberufen wurde. Bei der Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bzw. ihre Rechtsnachfolgerin.

#### § 12 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.09.2018 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 26.09.1992 außer Kraft.



## Kommunalpolitische Fortbildungen

Sie suchen eine kommunalpolitische Fortbildung? Die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit bietet folgende an: <u>www.freiheit.org</u>



#### **Impressum**

Herausgeber:

Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Bundesverband

E-Mail: brendel@vlk-bundesverband.de Zu den Brodwiesen 63 · 34431 Marsberg

www.vlk-bundesverband.de

Vereinigung Liberaler

Kommunalpolitiker

Haftungsausschluss:

Redaktion:

Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

Bundesverband Marcel Schiller

E-Mail: schiller@das-rathaus.de

Schinnaer Landstraße 29 · 31592 Stolzenau

Webnedia marcel schiller www.webmedia.marcelschiller.de

Der Herausgeber oder die Redaktion übernehmen keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen.